

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Neuzugpreis monatlich, drei Bände 2,50 RM. (Halbmonatlich 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18698. Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schulzeitung: Dresden-21, Mittelbühnenstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17239 / Stahlbaustr. Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 13. Juni 1928 Nummer 136

## Einheitlicher Kampf der 12 Millionen! Klasse gegen Klasse! Nieder mit der Koalition!

### Arbeiter und Arbeiterinnen! Werttätige in Stadt und Land! Sozialdemokratische Klassengenossen!

12 Millionen haben sich in den Wahlen zum Kampfe gegen die Diktatur der Bourgeoisie bekant. Mehr als 2 Millionen haben für die Kommunistische Partei gestimmt, für die proletarische Revolution entschieden. 9 Millionen stimmten noch für die Sozialdemokratie in der Hoffnung, dadurch das fürchterliche Ergebnis der Herrschaft des Bürgerblods abzuwenden zu können.

Das Wahlergebnis ist eine Niederlage der Bourgeoisie, weil es gelang, Millionen Klassengenossen von den Parteien des Trübskapitals loszureißen, weil in den Reihen des Proletariats Mut und Hoffnung, Zuversicht und Kampfbereitschaft gestärkt wurden. Es geht aufwärts in der deutschen Arbeiterbewegung. Die proletarischen Bataillone marschieren, das kündigt die Wahl, das zeigt auch der gewaltige Aufruhr der Hunderttausende zum Reichstreffen des roten Frontkämpferbundes.

Aber nicht das allein. Trotz der Wahlniederlage ist die Klassengewalt der Bourgeoisie ungebrochen. Die Sozialdemokraten haben Millionen Stimmen verloren — aber sie haben noch wie vor die Macht, Millionen hungern zu lassen bei vollen Scheunen. Die Demokraten und die deutsche Volkspartei wurden ebenfalls geschlagen — aber die Vorhaben sehen ihr verbrecherisches Spiel fort, die Trübe und die Syndikate diktiert und treiben weiter die Furcht, verweigern nach wie vor Lohnerhöhungen und drohen mit Aussperrung.

Wer kann diese harte Wahrheit leugnen?  
Die Arbeiterklasse hat im Wahlkampf gesiegt, aber die Bourgeoisie ist dranz und dran, den proletarischen Wahlsieg in eine Niederlage zu verwandeln, indem sie durch die sozialdemokratischen Führer den Aufmarsch der 12 Millionen zum einheitlichen Kampf zu spalten und zer schlagen versucht. Mit Polizeiterror gegen die Arbeiterklasse und Verbot für den Stahlhelm demonstrieren die sozialdemokratischen Polizeiminister und Polizeipräsidenten die Regierungsfähigkeit ihrer Partei.

#### Klassengenossen!

In den Jahren 1919 und 1920 haben die bürgerlichen Parteien ebenfalls große Wahlniederlagen erhalten. Und trotzdem das verbrecherische Ruhrabenteuer, die Inflation, die Nationalisierung und der Bürgerblod. Warum? Weil die sozialdemokratischen Führer, anstatt die Massen in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, in den Koalitionsregierungen die Herrschaft der Bourgeoisie retteten. Soll das im Jahre 1928 wiederholen?

Ungeheuer groß ist die Kraft der 12 Millionen! Überlegt!

12 Millionen kämpfen für den Achtstundentag und Lohnerhöhungen — fügen sich keiner Verbindlichkeitserklärung!

12 Millionen verlangen von ihren Vertretern in den Gemeinden, in den Ländern und im Reichsparlament, von keiner der proletarischen Forderungen nachzulassen!

12 Millionen halten zusammen wie Brüder, jäh und entschlossen, unbegreiflich und kampfschloss!

12 Millionen bilden eine eiserne proletarische Front zum Angriff auf die Klassenherrschaft der Ausbeuter!

#### Welche Macht könnte der Einheit dieser 12 Millionen widerstehen?

Diese Einheit fürchtet die Bourgeoisie, diese Einheit will sie verhindern. Und deshalb bildet sie mit den Führern der Sozialdemokratie eine Koalition, die das Ziel hat, die Arbeiterklasse noch tiefer zu spalten und die Lebensforderungen des werttätigen Volkes im parlamentarischen Kuhhandel zu ersticken. Die Koalitionsregierung wird die Unternehmerrasserie gegen die Werttätigen unterstützen. Koalitionspolitik bedeutet reaktionäre Innenpolitik, bedeutet Weiterführung der imperialistischen Außenpolitik, der Unterjochung des Völkerbundes, der Förderung der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

Kur die Massen der Werttätigen können dies verhindern. Ihr habt mit dem Stimmzettel euren Willen zur Durchsetzung eurer Forderungen demonstriert. Jetzt gilt es, durch den Klassenkampf um die proletarischen Lebensforderungen und gegen das Ausbeuterregime der Trübe und ihrer reaktionären Agenten in der Regierung zu wirklichen Erfolgen zu schreiten.

#### Sozialdemokratische Klassengenossen!

Eure Partei verbündet sich mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, den beiden entscheidenden Parteien des Bürgerblods! Wir fragen euch: Haben sich diese Parteien seit dem 20. Mai geändert? Und können sie sich ändern? Können sie aufhören, die schlimmsten Feinde des Proletariats zu sein?

Keiner von euch glaubt, daß die Deutsche Volkspartei, die Partei der Trübe, in einer Regierung mit euren Führern höheren Löhnen und Gehältern, kürzerer Arbeitszeit, dem Ausbau der Sozialpolitik, der Abschaffung der Lohn- und Massensteuern, die Agrar- und Industriezölle zurücknimmt. Keiner von euch glaubt, daß das Zentrum der Bewecklichung der Schule, der Beseitigung der Kulturreaktion zustimmen wird.

Aber dies sind gerade die Forderungen, die ihr durchsetzen wollt!

Eure Führer berufen sich auf den „Willen“ der 9 Millionen Wähler, indem sie eine Koalitionsregierung mit den Parteien der kapitalistischen Scharhändler bilden. Aber, wo haben sie euch um eure Meinung gefragt? Der Parteivorstand der SPD lehnte selbst die Einberufung eines Parteitag ab. Diese Führer treten alle Gelecke der proletarischen Demokratie, des Selbstbestimmungsrechtes der organisierten Arbeiter auch in den Gewerkschaften mit Füßen. Und die „linken“ Führer der SPD unterordnen sich dieser Politik und rühen sie.

#### Klassengenossen!

Mit wem wollt ihr marschieren?

Mit mehr als drei Millionen kommunistischer Klassengenossen oder mit den Fabrikanten der Deutschen Volkspartei, den demokratischen Bauern und den Zentrumspaffen?

So und nicht anders steht die Frage. Die Kommunistische Partei sagt euch klar und deutlich:

Die Bildung der Großen Koalition ist ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse.

Die Politik dieser Regierung wird ausschließlich von den Interessen der Bourgeoisie bestimmt sein! Die entscheidenden Parteien des Großkapitals bestimmen auch weiter die Politik der Regierung der Großen Koalition. Ihre Agenten Stresemann, Curtius, Graener und Kompanie bleiben in den entscheidenden Positionen der neuen Regierung. Die sozialdemokratischen Minister werden ihre Handlanger sein.

#### Klassengenossen!

Eure Führer haben die Verantwortung für die Politik der Bourgeoisie auf sich genommen. Die kämpfende Arbeiterklasse wird mit ihnen abrechnen. Aber auf euren Schultern ruht eine andere Verantwortung — die für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse — ihres schweren Existenzkampfes, ihres Weges zum Sozialismus!

Darum muß es heißen:

### Klasse gegen Klasse! Proletariat gegen Bourgeoisie! Ausgebentete gegen Ausbeuter!

Der ungeheuer schwere Druck des Trübskapitals auf die arbeitenden Massen, die Ergebnisse der bisherigen Koalitionspolitik — sie selbst diktiert den Weg des Kampfes, der die Werttätigen gemeinsam beschreiten müssen!

Schlicht euch zusammen mit den kommunistischen, mit allen Klassenbewußten Arbeitern im Betrieb und in der Gewerkschaft, duldet keine Zerstückelung der 12-Millionenfront. Tundet nicht, daß die reformistischen Führer, die sich mit dem Trübskapital koalieren, euch gegen eure kommunistischen Klassengenossen setzen, revolutionäre Klassenkämpfer aus den Gewerkschaften werfen.

### Bildet den Kampfblock aller Werttätigen, um eure dringlichsten Forderungen durchzusetzen!

#### Für Lohn und Brot:

Ausnahmsloser achtstündiger Maximalarbeitstag, 45 Stunden-Woche, Siebenstundenschicht unter Tage, Sechstundenschicht für Jungarbeiter, Erhöhung der Löhne u. Gehälter, erhöhte Erwerbslosenunterstützung für alle Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit! Ausbau der sozialen Fürsorge und des Arbeiterschutzes, Erhöhung der Renten und Entschädigungen für die Kriegs-, Sozial- u. Inflationsrentner, Behebung der Wohnungsnot: Jedem Werttätigen eine menschenwürdige Wohnung, Herabsetzung der Mieten, Verschärfung des Mieterschutzes.

#### Gegen Steuerraub und Zollwucher:

Aufhebung der Lohnsteuern und aller die Massen belastenden Steuern, Abwälzung der Steuerlasten auf die Besitzenden, Aufhebung der Hungerzölle.

#### Gegen Schlichtungsdiktatur:

Sicherstellung des uneingeschränkten Koalitions- und Streikrechtes, Beseitigung des Systems der Zwangsschiedsprüche, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.

#### Gegen Kulturreaktion:

Einheitlichkeit und Weltlichkeit des Schulwesens, Verbot der Kinderausbeutung.

#### Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und Bürokratie:

Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen, Abschaffung des Zuschussparagrafen 218, Entlassung aller reaktionären Beamten, Unberufbarkeit und Wählbarkeit der Richter und politischen Beamten, sofortige Enteignung der Fürsten und Streichung aller Minister- und Generalspensionen, Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung.

#### Gegen Militarismus und Kriegspolitik:

Entwaffnung u. Auflösung der faschistischen Verbände und der Reichswehr, Entmilitarisierung der Polizei, Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus, Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion!

Die sozialdemokratischen Führer machten euch im Wahlkampf Versprechungen, damit ihr sie wählt! Jetzt geben sie eure Forderungen preis, um Minister zu werden. Nicht die Koalition, sondern der Kampf kann eure Forderungen durchsetzen. Zu diesem Kampf ruft euch die Kommunistische Partei. Organisiert ihn in Betrieben und Gewerkschaften. Sprengt die Hungerstriedsprüche trotz der Verbindlichkeitserklärung. Fordert überall die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Kämpft einmütig gegen die Koalitionspolitik, für die Durchsetzung der Forderungen der Werttätigen! Im einheitlichen revolutionären Kampf vorwärts zum Sturz der Macht der Bourgeoisie, zur Erlämpfung der Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland!

Berlin, den 11. Juni 1928.

Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei Deutschlands  
Sektion der Kommunistischen Internationale.







# Der Dollar regiert

## Der Bericht des Reparationsagenten

Der Generalagent für Reparationszahlungen Parker Gilbert hat seinen Zwischenbericht für das laufende vierte Reparationsjahr veröffentlicht. In diesem Bericht nimmt der Kontrollleur Deutschlands, der Vertrauensmann des internationalen Finanzkapitals in Deutschland, Stellung zur Entwicklung der Reparationszahlungen. Im Zusammenhang damit gibt er gleichzeitig sein Urteil über die allgemeine wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands ab, das nach dem Gewicht des Reparationsagenten diktatorischen Anweisungen für die wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen des Reiches gleichkommt.

Der Bericht Parker Gilberts beginnt mit einer warmen Anerkennung für die deutsche Bourgeoisie. Der Generalagent unterstreicht mit sichtlichem Genugtuung, daß es die deutsche Bourgeoisie verstanden hat, Willkür aus den wertfälligen Massen Deutschlands herauszupressen, so daß in der Vergangenheit „regelmäßig und pünktlich“ die Reparationen eingelaufen sind. In Anbetracht dieser „Leistung“ der deutschen Bourgeoisie kann der Reparationsagent keine Zuversicht äußern, daß es die deutsche Bourgeoisie mit den Reformisten als Schläge in Zukunft leicht auszuweichen wird, neue höhere Reparationszahlungen den Massen zu erpressen.

Vom 1. September dieses Jahres beginnt nämlich die „normale“ Jahresleistung, das heißt die Höchstleistung, und zwar ist von Deutschland von diesem Datum ab eine Summe von 2 1/2 Milliarden Goldmark als Reparationen zu zahlen.

Dies ist ein ungeheurer Betrag, der natürlich von den Massen aufzubringen sein wird. Aber der Reparationsagent spricht ausdrücklich aus, daß diese „Normalleistung“ im Betrage von 2 1/2 Milliarden Goldmark noch zu erhöhen geht und zwar durch Anwendung des Wohlstandindex. Diese „beiläufige“ Antündigung des Reparationsagenten kann nicht anders verstanden werden, als daß von internationalen Finanzkapital mit einer Erhöhung der Reparationslasten über die Normalsumme von 2 1/2 Milliarden Reichsmark gerechnet wird.

Um eine Vorstellung zu geben, um welche Belastung für die Massen bei den Reparationszahlungen es geht, sei folgender Vergleich gemacht: unterstellt man auch nur die Zahlung von 2 1/2 Milliarden Reichsmark als die jährliche Leistung und nimmt man für die Wertlöhner ein durchschnittliches Monatseinkommen von 125 Reichsmark an, das heißt ein Jahreseinkommen von 1500 Reichsmark, so sind dann die 2 1/2 Milliarden gleich dem Jahreseinkommen von rund 1670 000 Lohn- und Gehaltsempfängern.

Von Deutschland sind aber an das ausländische Finanzkapital noch höhere Zahlungen zu leisten, und zwar eventuelle erhöhte Reparationszahlungen und die Zinsen für die aufgenommenen teuren Kredite. Das heißt, die Massen sind zugunsten des ausländischen Finanzkapitals jährlich mit einer noch höheren Summe als 2 1/2 Milliarden Reichsmark belastet, von der Belastung zugunsten der deutschen Profitmacher nicht zu reden.

Der Reparationsagent befaßt sich in seinem letzten Zwischenbericht mit den vergangenen Zahlungen, das heißt mit den Lasten, die von den deutschen Profeten zugunsten des internationalen Finanzkapitals bereits geleistet wurden. Parker Gilbert nennt folgende Milliardensummen: In den ersten neun Monaten des laufenden Reparationsjahres fanden ihm rund 115 Millionen Mark in barem Geld zur Verfügung. Bis zum 31. Mai 1928 wurden von dieser Summe 651 Millionen in fremder Währung und 588 Millionen in deutscher Währung an das Ausland überwiesen, so daß 162 Millionen Mark in bar zur Verfügung des Reparationsagenten blieben. Aus Tabellen des Berichtes geht hervor, daß die Überweisungen in fremder Währung in einem ständigen Anwachsen gegenüber den Reichsmarkzahlungen sich befanden. D. h. der Reparationsagent benötigt für seine Überweisungen riesige Geldsummen in fremder Währung und dieses Interesse erklärt, warum der Reparationsagent sich für eine „Förderung“ der deutschen Ausfuhr einsetzt. Die deutsche Ausfuhr hat die fremden Geldmittel, die für Überweisungen an die ausländischen Gläubiger notwendig sind, einzuhalten, und bis zu dieser Grenze ist der Reparationsagent als Sachwalter der internationalen Gläubiger an der deutschen Ausfuhr interessiert.

Nicht nur die Überweisungen, sondern auch Sachlieferungen haben sich im laufenden Reparationsjahr noch oben entwickelt. Besonders geistigen sind im Berichtsjahr die Kohlenlieferungen. In den ersten neun Monaten des laufenden Reparationsjahres sind 3400 Verträge zwischen dem rheinisch-westfälischen Kohlenprodukt einseitig und Frankreich, Italien, Belgien andererseits abgeschlossen worden, die insgesamt eine Ausfuhr in Höhe von 608 Millionen Reichsmark ergeben haben. In diesem Zusammenhange müssen die letzten Kohlenpreissteigerungen in Deutschland erwähnt werden. Infolge dieser Kohlenpreissteigerungen hat es das deutsche Kohlenprodukt keine Profite aus Kohlenlieferungen auf das Konto der Reparationen, die das Reich den deutschen Kohlenunternehmern vergütet, zu steigern. Das heißt das Kohlenprodukt zahlt nur keine Reparationen, sondern in Form von Kohlenpreissteigerungen profitiert es noch gewaltig an der Reparationsleistung der Massen. So erklärt sich das Interesse des deutschen Unternehmertums, zu mindestens mancher seiner Schichten, an der „pünktlichen“ Leistung der Reparationen.

Die Hauptfrage des Reparationsagenten ist es, die weiteren Zahlungen und ihre Aufbringung in Deutschland zu sichern. In seinem Zwischenbericht legt der Reparationsagent auseinander, wie er sich diese Sicherung der Reparationszahlungen vorstellt.

Eine starke deutsche Ausfuhr hat die notwendigen Geldmittel in fremder Währung für die Überweisungen zu sichern. Parker Gilbert will daher alle Hemmnisse, die in Deutschland für eine Forcierung der Ausfuhr entstehen könnten, beseitigt wissen. Er findet das Preisniveau in Deutschland für eine glatte Durchführung verstärkter Exportes zu hoch und daher empfiehlt er, Maßnahmen zu treffen, die dieses Preisniveau zur Erhaltung der deutschen Exportfähigkeit im Interesse der Reparationszahlungen zu senken vermögen. Unzweifelhaft legt der Reparationsagent die überhöhten deutschen Preise in einem unüberwindlichen Zusammenhang mit den Lohnsteigerungen in der vergangenen Periode und auf diese Weise legt er die andere Schlussfolgerung nahe:

Im Interesse der Senkung des Preisniveaus müßten die Löhne herabgedrückt werden.

Bei ihm heißt das ähnlich wie bei den deutschen Unternehmern „Selbstkostenentzug“. Auch auf dem Wege über den Reichsbahn-

halt sind von der deutschen Regierung — in Frage kommt jetzt die Große Koalition, die Regierungsgemeinschaft von Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien — Vorkehrungen zu einer Sicherung einer ungehinderten Abwicklung der Reparationszahlungen zu treffen. Hier spielt Parker Gilbert auf einen Abbau der Sozialpolitik an. Er zieht gegen die „überhöhten“ Ausgaben der Gemeinden für Sozialpolitik juristische Angriffe ein. In dieser Stelle soll „gespart“ werden, das heißt praktisch, die Ausgaben für Sozialpolitik sind zu mindern.

Parker Gilbert beschäftigt sich in seinem Bericht auch ausführlich mit der Frage der Tarifierhöhungen bei der Reichsbahn, die knapp vor der Reichstagswahl in der Öffentlichkeit aufgeworfen wurde. Parker Gilbert hält Tarifierhöhungen der Reichsbahn für „unvermeidlich“, und bei dieser Gelegenheit zieht er speziell gegen die Lohn- und Gehaltserhöhungen bei der Reichsbahn los. Die nächste Regierung, praktisch die Große Koalition, wird diese Tarifierhöhungen, die neue Preissteigerungen und damit einen Abbau des Realeinkommens der wertfälligen Massen bringen werden, durchzuführen haben. Das Unternehmerorgan, die Berliner Börsenzeitung, vom 12. Juni beschäftigte sich eingehend mit diesem Abschnitt des Zwischenberichtes und schrieb dann in einer Deutung dieses Abschnittes folgendes zu der aktuellen Frage „Große Koalition und ihre Wirtschaftspolitik“:

„Nach den Erklärungen Parker Gilberts ist . . . anzunehmen, daß die neue Regierung in der Frage der Erhöhung der Eisenbahnpreise wird nachgeben müssen, wobei dann endlich einmal ein Exempel statuiert werden würde, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen zu Preis- und Tarifierhöhungen führen müssen, und daß es unverantwortlich ist, wenn Lohn- und Gehaltserhöhungen in einem Zeitpunkt diktiert werden, in welchem die Wirtschaft Preis- und Tarifierhöhungen nicht ertragen kann. Hoffentlich haben die Darlegungen des Reparationsagenten den Erfolg, die zukünftige Wirtschaftspolitik in Deutschland dahin zu beeinflussen, daß man von sich selbst aus eine Wirtschafts- und Sozialpolitik unterläßt, die zu einem Konflikt mit dem Reparationsagenten führen muß, weil sie ja ohne schwere Schädigung der Wirtschaft nicht durchgeführt werden kann.“

Das heißt: die Große Koalition, deren Zustandekommen von der Sozialdemokratie mit allem Eifer betrieben wurde, wird eine Wirtschaftspolitik durchzuführen haben, die im Interesse des internationalen und des deutschen Finanzkapitals durch Preis- und Gehaltserhöhungen, durch eine reaktionäre Sozialpolitik, durch eine schamhafte Lohnpolitik die Profite der Reparationsgläubiger und des deutschen Unternehmertums auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen zu sichern hat. Das sind die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen, die das Proletariat aus dem Bericht Parker Gilberts zu ziehen hat.

# Die Schuld an der Katastrophe

III. Berlin, 12. Juni. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind die Ermittlungen wegen des Eisenbahnunglückes bei Siegelssdorf noch nicht abgeschlossen.

Der D-Zug 47 raste in den aufdämmernden Morgen, besetzt mit zufälligen Reisenden und zahlreichen Eisenbahnern, die von einem Stellvertreter aus München kamen. Da brach, als eine Kurve nach Siegelssdorf im 80-Kilometer-Tempo durchfahren wurde, die schreckliche Entgleisungskatastrophe über die Ahnungslosen herein. . . Die Ursache: Defekte Schienen? Durch Unwetter untergraben, nicht kontrollierter und nicht sofort ausgebelebter Oberbau? Abhängigkeit? Oder ein Zusammenstoß von mehreren dieser Momente?

Die Frage nach der Ursache dieser Eisenbahnkatastrophe ist gleichzeitig die nach der Schuld. Man kann nun sagen: Solange es Eisenbahnen gibt, sind auch Eisenbahnunglückfälle nicht ganz zu vermeiden. Diese Tatsache wird niemand bestreiten. Aber darum dreht es sich nicht angeht, daß sie stetig häufigeren großen Eisenbahnkatastrophen der letzten Jahre. Sie weisen auf das Bestehen eines Systems bei der Reichsbahn hin, das systematisch solche Katastrophen begünstigt und eine Gefahr für das Leben der Reisenden darstellt.

Nach der Annahme des Dawes-Planes im Jahre 1924 leihen die großen Massentrafiken bei der deutschen Reichsbahn ein. Zahlreiche Arbeiter und untere Beamte fliegen auf Pfahler, um das Ausbesserungstempo der im Dienste Verbleibenden zu steigern und ihre Arbeitslasten endlos auszudehnen. Überarbeitete untere Beamte, harte Verlotterung der Schienen und des Oberbaues, sehr eingeschränkte Kontrolle der Strecken — dies alles diente dazu, aus der Reichsbahn Hunderte von Millionen Mark jährlich für die Dawes-Zahlungen herauszuwirtschaften. Gerade seit der Einführung des Dawes-Systems bei der Reichsbahn, das seit zwei Jahren im Generaldirektor Dormüller den passenden Ausbesserungsdictator gefunden hat, häufen sich die furchtbaren Zugkatastrophen.

In Bayern, wo ein alter reaktionärer Apparat die Ausbesserungsmethoden der anderen deutschen Länder noch zu überbieten versuchte, wurde in den vergangenen Jahren ein Reform an großen Eisenbahnunglückkatastrophen erreicht. Wir erinnern an das Zugunglück am Münchner Ostbahnhof Pfingsten 1926, das 28 Todesopfer zur Folge hatte; an das große Zugunglück bei Langenbach im August 1926, wo der Zug ebenfalls den Bahndamm hinterstürzte und elf Tote zu beklagen waren. Dazwischen erfolgte der Einsturz der großen Rainbrücke bei Lichtenfels, wobei der D-Zug München-

## Die Kanting-Regierung fordert den Abzug der fremden Truppen

London, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht. „Exchange“ erfährt aus Tokio: Das bispige Kriegsministerium hat die Nachricht vom Tode Ichangsilins erhalten.

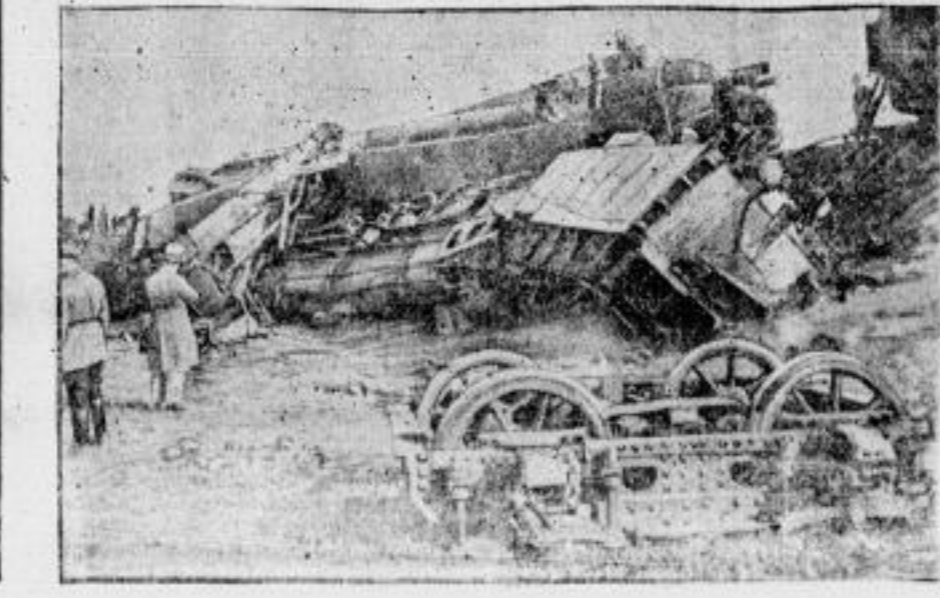
Die Kanting-Regierung beabsichtigt, eine Rundgebung an die Mächte zu erlassen, die etwa folgendes bejagen wird: Die militärische Revolution sei zu Ende. Es ergebe sich die Notwendigkeit, mit dem wirtschaftlichen Aufbau zu beginnen. Hierin könne aber solange kein wesentlicher Fortschritt erzielt werden, als China durch die ihm durch die ungleichen Verträge auferlegten Bedingungen zu leiden habe. Die Regierung erinnere daher die Mächte an ihr wiederholtes Versprechen, Verhandlungen über neue Verträge einzuleiten und betont, daß alle Verträge auf der Grundlage der Gegenseitigkeit abgeschlossen werden müßten. Die Sicherheit der Fremden werde am wirksamsten durch freundschaftliche Beziehungen zwischen China und dem Ausland gewährleistet. Die nationalistische Regierung müsse deshalb auf sofortige Zurückziehung aller fremden Truppen bestehen. Sollten die fremden Mächte darauf bestehen, Truppen dorthin zu entsenden, so gerade nationalistische Staatsangehörige wohnen, so würde die nationalistische Regierung gezwungen sein, die Ausländer aus dem Innern Chinas auszuweisen. Die Angelegenheit des Zwischenfalls in Tsingtau solle von einem internationalen Schiedsgericht behandelt werden. Die nationalistische Regierung sei bereit, mit freundschaftlich gesinnten Mächten zusammenzuarbeiten, da sie erkenne, daß China keine isolierte Stellung innerhalb der Völkervereinigung nicht aufrecht erhalten könne.

In Nanking ist es in der letzten Nacht zu Unruhen gekommen. Es wurden auf die japanischen Arsenalen und Kasernen Bomben geworfen, die jedoch keinen größeren Schaden angerichtet haben sollen. General Bai Changji, der mit einer Division aus Hankow in Peking einrückte, erklärte, die Nationalarmee werde mit 100 000 Mann die Befolgung der Nordarmee in die Mandchurei fortsetzen und nicht stoppen, bevor sie ihre Pferde an den Ufern des Amur getränkt haben wird.

Der Sonderkorrespondent des „Welt-Verstärker“ berichtet aus Shanghai, daß die Einnahme Pekings die Lage in China keineswegs ändere. Der Streit um die Peute bilde das Hauptziel der chinesischen Generale. Der eigentliche Grund des Konflikts von Ichangsilin vom Posten des obersten Heeresleiters sei, daß er sich gegenüber seinen Rivalen bei der Verteilung der Peute zu schwach fühle. Feng habe entgegen seinen Befehlen gehandelt, aber er könne sich Feng nicht widersetzen, da hinter diesem die Generale von Hankow mit einer Truppenmacht von 200 000 Mann stünden. Die Macht der nationalen Regierung erstreckte sich nur auf die drei Provinzen Anhui, Chetiang und Kiangsu.

## Zodesstrafe gegen den Bolschewismus

III. Tokio, 13. Juni. Das japanische Kabinett hat beschlossen, ein neues Gesetz über die Bekämpfung der kommunistischen Propaganda in Japan zu erlassen. Gegen die kommunistischen Agitatoren soll die Todesstrafe eingeführt werden. Das Gesetz soll am Mittwoch vom Mikado unterzeichnet werden. In einer einheitlichen Erklärung wird darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz der Bekämpfung der kommunistischen Propaganda der Aufrechterhaltung des staatlichen Friedens gelte.



## Die Katastrophe von Siegelssdorf

Aufnahme von den Aufräumungsarbeiten

Die furchtbare Plechtraß: der auf ein Hindernis stößenden Massen eines Zuges wird am besten sichtbar, wenn man den Abstand betrachtet zwischen der Lokomotive, die in voller Fahrt sich zweimal überschlug, und dem vorderen Fahrgestell, das vollkommen von ihr losgerißt wurde. Die Aufräumungsarbeiten sind sofort in Angriff genommen worden. Am Sonntag kamen noch die Apparate und Werkzeuge an, um die schwereren Einteile zu zerhacken. Der Kran wird sowohl zum Hochheben der Trümmer wie zum Verladen benützt.



# Verkehrsfragen

(Von unserem Mitarbeiter Wilm)

„Wie die Welt ist, die nicht den Verstand, wie die früher war, so geht das heut' nicht mehr“

„Verkehrsfragen“? „Ledenische! Quasi!“ Bitte, ein Moment. Wenn ich nämlich zu einem Thema das Wort ergreife, dann habe ich begründete Ursache dazu. Ich bin nämlich eine Reichsmark losgeworden! Ein Polizist in weißen (unerschuldvollen!) Mandat nahm sie mir ab. Warum? Das ist eine Frage, die mit dem Verkehr etwas zu tun hat, daher nicht leicht zu beantworten und daher eine „Verkehrsfrage“. Also, ich habe das Verkehrszeichen nicht richtig beachtet. Nach der Meinung des Polizisten nämlich. Ich bin der Auffassung, daß er an seiner „Windmühle“ dreht, wie meine Mutter den Quirl, mit dem sie die Suppe umrührt. Meine Mutter weiß meist auch nicht, was aus dem „Umgekehrten“ wird. — Der Polizist hat ja und nahm mir, weil ich kein „falsches Windmühlenspiel“ nicht richtig verstand, die bewusste Reichsmark ab. Ich gab sie ihm gleich, denn ich habe früher einmal Protest eingelegt, worauf Rahn Magens persönliche „Befürwortung“ den Betrag (nicht Betrag!) auf 10 RM erhöhte. Ich ging dann übrigens auf Waize und brauchte daher bloß 4 RM bezahlten. Immerhin, ich bezahlte die eine Reichsmark gestern sofort, denn ich weiß, wie verständnislos manche Menschen, zu denen Verkehrspräsidenten auch gehören können, sind. (Abgesehen von dem Polizeipräsidenten Weiß, Berlin, der mit der von seinen eigenen Leuten kürzlich bezogenen „Gummiknüppelgruppe“, die „Erfahrung“ und damit wohl auch ein „Verständnis“ für Verkehrsfragen erheilt!) Na — man sagt, Verkehrszeichen seien in ganz Deutschland einheitlich geregelt. Ich weiß so viel: Geld bedeutet „am die Edel!“ Da haunke, was? Hier in Dresden bedeutet das am Rathenauplatz — wenn die dieser Auffassung und nicht schenkt dir bist, wenn du das Falsche dieser deiner Auffassung an den Arien und Gebärden des Verkehrszeichen erlennt, — eine Einnahme für die Polizeiportierkasse. Ich fahre von jetzt ab nur noch Straßenbahn, da bezahle ich in Striepen 20 Pf. und kann umsteigen. Als Radfahrer bezahle ich zunächst gar nichts, setze am Rathenauplatz ab, bezahle eine Mark, werde gerade dabei und aufgeregt.

Aber — — — auch das ist ein zweifelhafter Genuss. Steigt man aus Versehen in eine 10, so ist man um seine Ruhe und Geduld gebracht. Am Stäbelpfad bedeutet die Mechanik im kapitalistischen Staat (in Gestalt einer mechanischen Verkehrsampel) nicht etwa Verminderung der Arbeitskräfte, sondern Steigerung. Ueber dem Hachen Erde, auf dem früher ein Sipo im draußenden Verkehr (mitunter wie kein Kollern am Rathenauplatz) Verkehrszeichen gab, über dieser Stelle strahlte rotes, grünes oder gelbes Licht. Auf diese Zeichen, die in bestimmten Pausen wechseln, starrt alles, wenn Straßenbahnfahrer, Dreiradler, Chauffeure, Radfahrer bis zum Fußgänger, kurz, alles was da kreucht — nur die Polizisten (aus Sparsamkeitsgründen sind aus dem Sipo zwei Sips geworden!) nicht! Die sammeln in Stunden lebhaften und weniger lebhaften Verkehrs — für die Polizeiportierkasse. Natürlich wieder nach einem anderen System. Hier ist es die Zeit, die Geld bedeutet. Wehe dem, der, selbst, wenn die ganze Gegend wie vor Schreck ausgefroren erscheint, bei gelbem Licht schon über die Kreuzung will. Hier bedeutet geld nämlich unfähig mal „um die Edel.“ Dann wird hier auch der Satz bewiesen: „Mechanik bedeutet Leblosigkeit!“ — Die Straßenbahnfahrer haben, soweit ich informiert bin, bestohlenen einen Stäbelpfad „zu gründen.“ Ich fahre jetzt mit der 10, komme zwar am Rathenauplatz vorbei, schreckliche Erinnerungen packen mich dort, ich schleife die Augen, komme aber vorbei und laufe schließlich zum Stäbelpfad.

Dort stand am Dienstag dem 5. Juni 1928 gegen 19 Uhr ein Verkehrszeichen (Dienstnummer 144) Platzmangel verbietet mir vorläufig, dessen Tätigkeit zu schildern. Ich komme aber vielleicht noch darauf zurück. Die am Stäbelpfad stationierten Kraftwagenführer sind aber sicher in der Lage, Auskunft zu geben, wie dort „Verkehrsfragen“ erledigt werden. (!!!)

Dem Polizeipräsidenten Rahn empfehle ich einmal, sich als Radfahrer, Postant, Straßenbahnfahrer oder Chauffeur untertan unter die Windmühlen, Lichtreflektoren und weißen Mandatien seiner Leute zu begeben. Es bedarf wirklich nicht immer der Behandlung mit Gummiknüppeln (siehe Beispiel Weiß, Berlin), um Kerendhof oder Gehirnfrensch zu kriegen, das würde das Ergebnis seiner „Studienfahrt“, durch die Stadt der Ausstellung „Die Technische Stadt“ sein.

## „Straßenbahnfahrplan“?

Einige öffentliche Worte an die Straßenbahndirektion Dresden

Seit Mitte Mai ist wieder einmal, wie schon öfters, ein neuer Straßenbahnfahrplan in Gültigkeit gesetzt worden. Betrachtet man aber nun einmal die Fahrpläne etwas näher, so muß man sich unbedingt fragen: Warum werden bei Veränderung der Fahrpläne denn eigentlich bestehende Unstimmigkeiten nicht abgestellt? Werden die alten Fahrpläne denn gar nicht einmal durchgesehen? Wenn nun schon die Straßenbahn nach einem gewissen Plan fährt, so müßte es doch wohl selbstverständlich sein, daß auch möglichst Verkehrsnotwendigkeiten beachtet würden, so im besonderen im Radwagenerverkehr. Betrachtet man den jetzt gültigen Fahrplan der Linien 5 und 11, so ist dies im Radwagenerverkehr keineswegs der Fall. So fährt z. B. die Linie 11 ab 0,43 Uhr nur vom Georgplatz. Will nun jemand, meinestwegen vom Hauptbahnhof aus, mit Linie 11 weiterfahren, so kommt er 0,44 Uhr am Georgplatz an. Während aber der Wagen der Linie 11 bereits 0,43 Uhr abgefahren ist. Dieses Beispiel dürfte zweifellos nicht nur dort zu finden sein. Es wäre wirklich an der Zeit und wohl auch der Befange einer Fremdenstadt (wie es Dresden sein will) dringend entsprechen, wenn derartige, in Kleinigkeiten nicht auszu treffende Unstimmigkeiten durch eine gründliche Durchsicht des Fahrplans beseitigt würden.

## Handel auf der Vogelwiese

Der Rat teilt mit: Wer auf dem Festplatz der Dresdner Vogelwiese und an ihren Zugängen ein Gewerbe ausüben will, bedarf der Erlaubnis.

Die Erlaubnis zum Schank und Handel jeder Art sowie zur Abhaltung von Tanzveranstaltungen ist beim Rate zu Dresden, Gewerbeamt, Neues Rathaus, An der Kreuzstraße 5, 2. Obergesch., Zimmer 295/298 und 217 einzuholen.

Zur Erteilung der Erlaubnis zur Veranstaltung von Musikaufführungen, Schauspielen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten einschließlich Warenausstellungen, ist auch wenn der Veranstalter im Besitze eines für Dresden gültigen Wandergewerbebescheides für 1928 ist, das Polizeipräsidentium (Abt. I), Schickgasse 7, 1. Obergesch., Zimmer 99, zuständig, das hierüber noch eine besondere Bekanntmachung erlassen wird.

Handelt es sich jedoch um Veranstaltung von Singpielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schauspielen von Personen oder theatralischen Vorstellungen in Wirtschaften oder sonstigen Räumen (Paragraf 3a der Reichsgewerbeordnung), so ist um Erlaubnis bei den obengenannten Stellen des Rates zu Dresden nachzufahren.

Die Erlaubnis ist rechtzeitig, spätestens bis 6. Juli 1928, einzuholen unter Vorlegung des Einwohnerbescheides und der Patente der Privilegierten Bogenhübschgesellschaft, oder, soweit öffentlicher Verkehrsraum usw. benutzt wird, einer Platzbenutzungsgenehmigung des Grundstückseigentümers.

Eines Erlaubnisbescheides zum Handel auf der Vogelwiese bedarf nicht, wer eine Marktarte geist hat und

a) im Besitze eines für den Freistaat Sachsen gültigen Wandergewerbebescheides ist, die Staatsgewalten dafür auf 1928 eingerichtet hat und nur mit dem im Wandergewerbebescheid aufgeführten Waren handeln will;

b) bereits im Besitze eines vom Gewerbeamt für den Stadtbezirk Dresden, nach den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung vom 25. April 1906 und 12. Juni 1905

besitzenden Erlaubnisbescheides ist und nur mit den in dem Erlaubnisbescheide aufgeführten Waren handeln will.

Erlaubnis ist aber dann einzuholen, wenn Erlaubnisbescheide werden, die im Wandergewerbebescheid und im Erlaubnisbescheid nicht benannt sind, oder ein Gewerbe betreiben wird, das in diesen Erlaubnisbescheiden nicht aufgeführt ist.

Den Erlaubnisbescheid hat der Besondere Rat bei sich zu tragen und den Aufstehenden des Polizeipräsidentiums und des Polizeipräsidentiums auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

Nach dem 6. Juli 1928 werden auf dem Festplatz der Vogelwiese in den Räumen des Polizeipräsidentiums und der Polizeipräsidentenpolizei Anstalten über die Erlaubniserteilung gehalten.

## Der Tod bei der Vergewaltigung

Eine Dresdner Einwohnerin, die sich mit einer Helbe verlor, wurde durch die Schläge, die sie sich selbst beibrachte, an einem Herzschlag. Die Leiche wurde in Pirna ans Land gebracht.

## Geißelkreuzfahrt

Montag nach wurde in dem Kloster einer Geißelkreuzfahrt auf dem Altmarkt ein Geißelkreuz aufgestellt, wobei der Leiter etwa 1000 Mark Geld in die Hand steckte. Der Dieb ist mit Handschellen in den Raum eingekerkert und hat dann mit dem in einem unverschämten Fall vorgetragenen Geißelkreuz den Schreck aufgeschrien. Hier erobert er die Schlüssel, entwendete das Geld und ließ alle Geißeln wieder ab. Den Umständen nach konnte als Täter eine Person in Frage, die mit den Geißeln verfahren ist, nicht die Kriminalpolizei der Ermittlung sind im Gange.

# Wirklich Kindergarten — Polizeiwachen!

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Siedlung für Kinderreiche in Preßlau verbessert sich. Durch Errichtung neuer Häuser vorzuziehen sie sich immer mehr. Es ist ja nun notwendig, denn wieviel erachtliche Familien sind in Preßlau und Köpenick untergebracht, obwohl sie sich nach einem menschenwürdigen Heim sehnen. Wenn auch in den neuerrichteten Häusern nach einem halben Jahr den Eltern die Zimmergröße auf den Kopf fällt (denn die Preßlauhäuser im Zentrum ist bei den köpplischen Bauarbeiten in guten Händen), so leht man doch immerhin dort wie ein Mensch und nicht wie gefesselter Hottentot. Leider haben auch die Räte in Dresden keine Ahnung, was eine Kinderreiche Familie braucht. Bei ihnen kommt der Hausarzt zur Geltung. Viel Kinder, viel Segen! und danach sind die kaum erprobten Räten einzusetzen. Können die Haushaltungswissenschaften die Licht- und Gesundheitsfrage nicht gleich behandeln, werden „fortschrittliche“ Beamte von Polizeibeamt geistigt, die die Hände zudrehen, mit dem Feuerstein. Hier draußen wird nicht mehr geistigt! Preßlau muß geistigt werden, was geistigt wird, aber wo es geistigt, wenn, wie in vielen Familien hier, acht bis zwölf Kinder auf den knappen Boden oder gar nur die Erwerbslosenunterstützung des Vaters warten? Die Preise für Brot und Kartoffeln sind doch fortwährend gestiegen, hingegen Lohn und Unterzahlung zurückgefallen oder herabgefallen. In Preßlau und Preßlau sind die Kinder, die in Preßlau sind, was ihr Recht und vertrieben für Kinder ist. Es gar nicht zu denken. Wie sollen nun die anderen Untertanen geistigt werden? Der Rat in Dresden will, er dreht den Kopf ab, mit ihm wird nicht mehr verhandelt, und der beherrschende Rat wird eventuell durch Zwangsmaßnahmen einseitig. Dies geschieht, anstatt aus dem zusammengebrochenen Elend in dieser Siedlung zu erkennen, daß unbedingtes Eingreifen durch lokale Hilfsmittel notwendig ist, indem in den neuerrichteten Häusern Volkstümliche eingerichtet werden, wo es für alle Familien weitestgehend notwendig ist. Wenn's nur tut, wie in vielen Fällen, muß das Essen ganz ungenügend geistigt werden, damit auch die Familien der Armen zu fröhlicher Nahrung kommen. Dadurch wieder mehrere so vielen Müttern möglich gemacht, sich irgendeiner produktiven Arbeit zu widmen (die Haushaltarbeit wird ja nicht als produktiv anerkannt), die sie lebenserleichter machen würde. Dazu gehört natürlich auch, daß sie wissen wo sie hinüber ihre Kinder führen. Zur Zeit ist für die Kinder der Straße, die zum Teil sehr gefährlich ist, denn ein Schick Torner Straße hat nur einen Fußweg, die andere Seite wird von einem knappen Graben

gesichert. Wenn schick die Gasse? — In der Nacht vom 2. Juni (Freitag) (2. 5.) nahmen mehrere junge Personen an der Siedlung in Preßlau teil. Die Siedlung ist ein großer Platz, der in einem großen Gebäude untergebracht ist. Die Siedlung ist ein großer Platz, der in einem großen Gebäude untergebracht ist. Die Siedlung ist ein großer Platz, der in einem großen Gebäude untergebracht ist.

Gesundheit. Welche Chancen ist zum Teil der Arbeit die Mühseligkeit abzugeben? Die Siedlung ist ein großer Platz, der in einem großen Gebäude untergebracht ist.

Joe. Als erste Vorbedingung der eigenen Arbeit müssen Frauen 6 Wochen ein, die in einem Hotel des Landeshauses untergebracht wurden. Die Siedlung ist ein großer Platz, der in einem großen Gebäude untergebracht ist. Die Siedlung ist ein großer Platz, der in einem großen Gebäude untergebracht ist.

# Wirklich Kindergarten — Polizeiwachen!

(Arbeiterkorrespondenz)

ausgibt, so daß die Kinder dort stets der Gefahr des Hungers preisgegeben sind. (Ein solches Mordstück geschah vor noch nicht langer Zeit.) Man glaubte nun, daß in den Neubauten ebenfalls ein Kindergarten oder Kinder-Tagesheim untergebracht werden würde, denn man würde annehmen, daß nach dem Zusammenbruch so sehr „fortschrittlich“ ist, daß das für eine Kinderreiche-Siedlung in Preßlau ist, daß das für eine Kinderreiche-Siedlung in Preßlau ist, daß das für eine Kinderreiche-Siedlung in Preßlau ist.

Deshalb ist eine verstärkte Polizeiwache notwendig, um die Kinder zu unterhalten und auf der Straße vorzunehmen. Das ist die soziale Aufgabe der vorbildlichen Stadt Dresden. Einwohner von Preßlau, wolle ihr auch das weitere zu bieten lassen? Sidi ist nicht ein gutes Kind, das soziale Verfehlungen? Sind es nicht eure Söhne, die das Elend eurer Familien vergrößern, indem das Geld für die Unterhaltungsarbeiten verwendet wird? Rast euch auf, erkennt eure Pflicht durch Zusammenhalt in einem Gemeinwesen zur Verbesserung eurer Lebenslage. Nur in den Reihen der kommunistischen Partei erforschen werden, Deshalb teilt euch ein! Unter der Flagge durch schließlichen Kampf.

## Rahenger

Niederdeutsch. Wie weit sozialdemokratische Demagogie geht, ist an folgender Tatsache der breiten Öffentlichkeit gezeigt. In der Gemeinderatsversammlung am 20. März d. J. brachte der Verfassungsausschuss den Antrag der Rahenger ein. Dieser Antrag lautet: „Der Rat der Stadt Preßlau soll die Sozialdemokratische Partei die Steuer zur Aufnahme empfehlen.“ In der Begründung heißt es: „Zum Schutz der Bürger.“ Der einzige kommunistische Vertreter legte den Widerspruch der Steuer mit seiner Begründung klar auseinander. Derjenige Rahenger, der nun keine Frage das unumschränkte Recht für die Verabschiedung der Eingabe erworben. Ist das nicht höherer Willkür? Als Steuerquelle brauchen wir nichts neues zu erschließen, erklärte der kommunistische Vertreter, da die bestehenden Steuern ja noch nicht voll ausgewertet werden. An der Hand von statistischen Material wies er nach, daß die Kapitalisten über die Millionen Reichsmark hinterziehen und dort nur ein festes Jagden ablie, um den Geldbedarf zu decken. Bei der Zustimmung entließen sich 6 Sozialdemokraten und 6 Bürgerliche für die Rahenger und der kommunistische Wittig gegen die Rahengersteuer.

Was verkörpert die Sozialdemokratie mit Hilfe des Dresden-Bürger Tagesblattes? Der kommunistische Wittig hat die Rahengersteuer beantragt. Es gibt keine gemessene Frage als diese. Es ist uns nun gelunnen, den Rat der Rahengersteuer zu unterstützen. Der Antragsteller der Rahengersteuer in Niederdeutsch ist das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Gutmacher Paul Große, Niederdeutsch, Reichenstraße 10.

Kommentar für diese, die SPD französischende laubere Methode überflüssig.

## Guter-Deine-Abend

Freitag. Heute Mittwoch den 12. Juni veranstaltet die kommunistische Jugend Freizeits zum Gedenken an den kaiserlichen Reichspräsidenten, Grafen Ewald von Forstner, einen Gedenkabend, bestehend in Gesang, Musik, Vorträgen, Regierungen. Der Abend findet im Stadt Jugendheim statt, Beginn 19,20 Uhr. Zusammenkünfte, Parteigenossen und -genossen, junge Arbeiterinnen und Arbeiter, kommt alle!

## Ein SPD-Bürgermeister (part) auf Arbeiterkosten

(Arbeiterkorrespondenz)

Kleinnaundorf. Die Gemeinde besitzt Bergstraße 13 d ein Grundstück, worin der Arbeiter S. wohnt. S. wurde vor einigen vom Bürgermeister J. beauftragt, die leerstehende Kammer und zwei Dornbüsche vorzunehmen. S. war dem auch nachkommen, hatte sich aber im Preis verweigert, so daß er noch

eine Rechnung von 250 M. ein. Insgesamt war der Preis 22 M. Herr J. aber zahlte nur die erste Rechnung in Höhe von 100 M. Sogar die Frau S. sollte umsonst die Kammer wehren, aber auf ihr Drängen mußte der Bürgermeister doch die Summe von 120 M. auszahlen. Sein Gehalt wird er aber auf S. und P. nicht verlangen, und mit Kostenzahlung würde er auch nicht einverstanden sein. Bei Arbeitern und deren Arbeit Einkommen aber plant auch ein Sozialdemokrat in Kleinnaundorf und Schiffland berechnigt zu sein. Dafür ist er ja auch „sozialdemokratisch“.

## Düchtig auf die Firma Berndt & Co., Bauwerke Freiberg

Was bei obengenannter Firma, die an der Eisenbahnfreiberg-Kleinnaundorf-Arbeiten ausführt, für Zustände herrschen, ist notwendig, einmal der Öffentlichkeit mitzuteilen zu werden. Der Ton, mit dem die Schichtarbeiter u. a. Vorgesetzten die Arbeiter behandeln, übertrifft selbst den „Vernunftton“ in wilhelminischen Zeiten. „Paula Schöne“ ist bei diesen Herren noch das geringste. Wir wollen nicht unterliegen, wir die faulen Schwelger sind — die Arbeiter ganz bestimmt nicht. Als Sparsparpänger z. B. steht man, wie diesen das letzte aus den Knochen gesunden wird. Bei der Lohnzahlung am Freitagabend scheint es immer erhebliche Differenzen zu geben. Bereich zweimal konnte man beobachten, wie etwa 10 bis 20 Mann, ihren Lohnanteil in der Hand „Herrn“ Schlichter bring und die Lade rücken und ihren wackeligen Lohn fordern. Ueberhaupt ist S. ein laubender Schwelger, wie jeder die Beobachter schreien kann. Unreines Gewissen ist dieser „Schöne“ derjenige, der die Arbeiter mit schändlichen „Schöne“ aber den Rücken freiläßt und die Vorgesetzten und Schichtarbeiter ins Feuer schickt. Höchstwahrscheinlich hat er eine besondere Achtung vor Arbeiterkassen, die ihm vielleicht ein einmal den nötigen Schluß wiederzugeben könnten. Die Siedlung der Arbeiter ist bis an das Wald-Riffes drückt, so daß die Arbeiter nicht in die Siedlung gehen können. Wie möchten den Arbeitern raten, sich nicht an der Siedlung zu lassen, sondern sich zu organisieren und ihre Herren dann das Handwerk zu legen. Ein einziger, der es wagt, zu protestieren, wird immer entlassen werden, ohne „Arbeitsmangel“; wenn ihr aber zusammensteht, gehen die Herren den Arbeitern. Bewußt ist S. — ihr nicht, neidisch alles!

## Durch Strom verätzt

Reibschiff. Im Keller des hiesigen Freizeits wurde durch verätzende Landwirtschafsgifte Verfall angetrieben, der tot ansetzte. Beim Verlören der Leiche erhielt der Mann einen starken elektrischen Schlag. Man nimmt an, daß S. durch Strom bei einem Kurzschluß der elektrischen Anlage getötet worden ist.





## SPD in der Front gegen Schulfortschritt

**Schachwitz.** Stürmisch, aber interessant war für jeden Zuhörer die letzte Gemeindevorstandssitzung. Nur zehn Punkte umfaßte die Tagesordnung, und doch hatte es den Anschein, als ob dieser Sitzung viele Stunden dauern würde, da man zum vierten Teil des 1. Punktes nahezu drei Stunden brauchte. Über dem was nicht so. Außer dieser einen Stelle wurden alle anderen Punkte glatt, ohne nennenswerte Zwischenfälle, in einer Viertelstunde erledigt.

Unter Mitteilungen war ein Dankschreiben des Touristenvereins „Naturfreunde“ für die bewilligten 200 Mark Bundeshilfe 1927 eingegangen, worin im besonderen über die Notwendigkeit dieses Bundes beigetragen wurde, in dem man die Zahlen der Gäste (17.802), sowie der Übernachtungen (11.909) angab und den Wunsch äußerte, das Schachwitzer Plenum da drüber begründen zu können, um ihm den Bau mit seinen Einrichtungen, d. h. die Verwendung der gestifteten Gelder, zu zeigen.

Der Abn. b) des 1. Punktes der Tagesordnung, Erklärung der Lehrerschaft der Schule „Am Sand“ Berufs-schule betreffend, gab

### Vorstellung zu einer sehr dreistündigen Diskussion.

Wie den Lesern der Arbeiterstimme bekannt sein dürfte, hat sich das Plenum der Gemeindevorordneten, sowie der Schulausschuss, zu mehreren Male mit dem teilweisen Umzug der Berufsschule „Am Sand“ nach der Schule „Am Wert“ beschäftigt. Bewußt oder unbewußt wurde aus dieser Angelegenheit legar eine persönliche Sache inbetracht. Ehe auf die Erklärung der Lehrerschaft eingegangen wurde, beantragte unsere Fraktion, den gerade amtierenden Schulleiter der Schule „Am Sand“ persönlich die Erklärung abgeben zu lassen. Dieser Antrag wurde von der SPD und den Bürgerlichen mit allerhöchster Mehrheit abgelehnt. Es war offensichtlich, daß die Bürgerlichen, sowie die SPD die Defensivhaltung fürchteten. Mit der Ablehnung dieses Antrages haben allerdings die zwei Gruppen einen Jurisdiktionsstreit gemacht und somit ihre eigenen Schößen im Stich gelassen.

Nur zur Erklärung selbst. In der Erklärung sprach die gesamte Lehrerschaft der Schule „Am Sand“ ihre Verwunderung darüber aus, daß das Dresden-Vorauer Tageblatt, sowie die Vorläufige Volkszeitung in ihren Artikeln über die vorerwähnte Gemeindevorordnetensitzung unwahre Behauptungen verbreiteten, d. h. nicht mit den Tatsachen auftraten, was ihnen als „wahrheitsliebende Organe“ oder als „grundrechte Verächter“ zugerechnet wäre. Auf die Artikel der Volkszeitung eingegangen wäre zwecklos, denn sonst könnte das ersehen, was die SPD-Vertreter sagten. Nicht berufsschulfeindlich sind die Lehrer der Schule „Am Sand“, sondern fortschrittlich, und so sind schon seit mehreren Monaten Verhandlungen wegen des Raumumzuges in der Schule „Am Sand“ gepflogen worden. Der Stundenbedarf ist beiderseits höher geworden. In der Schule „Am Wert“ stehen zwei Zimmer ganz und ein Zimmer fast leer. Hier es in Frage gestellt worden, daß die Berufsschule harmonisch ist. Wenn auch nicht die ganze Schulleitung, so doch der Vorsteher der Berufsschule, Herr Hindelin (SPD). Sie schreiben es von Ermüdung der Verwaltungsgesellschaft durch die 7. Schule, Verlagerung des Schulweges (bei doch schon großen Wäldchen), Über den kleinen Kindern wird zugunsten, den größeren Schulweg zu machen. Ferner teilen die Lehrer mit, daß der Herr Schulrat Dr. Schneider voll und ganz für die Haltung der Verwaltungen der Schule „Am Sand“ eingetreten war. Der Herr Berufsschulleiter Hindelin erklärte wieder das Gegenteil. Unmögliches war nach der Umzug der Schule „Am Wert“. Die SPD berichtete von einem Nichtstun der Gemeindevorordneten-Beschlüsse und eigenmächtigem Umzug von der einen nach der anderen Schule durch Schulkinder. Hierbei wurde der laubere Herr Berichtshörer der SPD als Schlichter für richtig erkannt, zumal er selbst im Plenum sitzt und sich alles von seinen eigenen Genossen, von den Lehrern der Schule „Am Sand“ anhören mußte.

Nachdem der Schulausschuss beschlossen hatte, daß die Berufsschule nach der Schule „Am Wert“ ziehen muß, verständigte der stellvertretende Schulleiter der Schule „Am Sand“ die Frau des Schulhausmannes von dem Umzug und wies an, sie solle mit dem Reinemachen noch warten. Da keine näheren Angaben kamen, verständigte sich die Frau Schulhausmanns mit der Gemeindevorwaltung, Herrn Böhm (SPD), stellvertretender Fraktionsleiter. Dieser erklärte: „An dem Beschluß des Schulausschusses wird sich kaum etwas ändern, da es sich, ob heute oder ein andermal geräumt wird. Verhängen Sie sich mit dem Straßenschlichter Herrn Böhm.“ So wurde mit Hilfe von drei Gemeindevorordneten der Umzug ausgeführt. Zwei oder drei Kinder fuhren lediglich mit dem Geheiß mit. Somit sind sämtliche Vorwürfe, welche man der Lehrerschaft der Schule „Am Sand“ macht, unberechtigt. Ferner fordern die Lehrer die Zurücknahme der Verleumdungen in der öffentlichen Sitzung (was von Seiten der SPD nicht geschah) und erklären, daß das Verhalten zum Schulausschussvorsitzenden, Gemeindevorordneten Böhm (SPD) erschütternd sei. In diese Erklärung schloß sich eine langandauernde Diskussion, welche der Schulausschussvorsitzende Böhm eröffnete. Viel hatte er dazu nicht zu sagen. Ein solches der berechtigten Gemeindevorordneten Herr Hindelin (SPD), Vorsitzender des Berufsschullehrerverbandes „Elbana“. Dem trat der Vorsitzende des Plenums, Genosse Schulz, mit scharfen, aber treffenden Worten entgegen.

Den Umzug der SPD fragestimmte nochmals mit aller Deutlichkeit Genosse Bürgermeister Schreiter. Zum Schluß erklärte Genosse Schreiter noch, daß die Lehrerschaft der Schule

„Am Sand“ vor denen gerechtfertigt ist, die sich nicht blenden lassen. Dieser Vorgang war ein Schachwitz, und was wurde auf sozialer Bühne gespielt, einmal, um die Einwohner zu blenden, und zweitens, um die fortschrittliche Lehrerschaft zu provozieren, der allein Tadeln nach die SPD sehr unangenehm gegenüberstellte.

Weiteres gab Herr Böhm (SPD) gemüßigt zu, indem er unter anderem erklärte: „Ich hätte mich nicht betanlagt, alle Lehrer der Schule „Am Sand“ zu verurteilen.“

Einwohner von Schachwitz, diese Sitzung hat auch deutlich gemacht, wie ernst es die SPD mit der Vertretung von Arbeiterinteressen, wie ernst es mit einer fortschrittlichen Schulentwicklung meint.

## Ein Weidloch 14 Jahre im Körper

„Wir bekamen der Krieg ein altes Weidloch.“ (Hindenburg)  
Frauenstein. Ein Arbeiter, der jetzt in Buerstorf bei Frauenstein lebt, erhielt im Anfang des Weltkrieges, und zwar bei den Niedrigwässern im Sept. 1914 in Frankfurt, einen Infanterieposten in den Oberkörper. Die Wunde heilte, und weder die Wunde noch der Verluste wunden, was eigentlich die Regel geblieben war. Da, vor 14 Tagen, entwickelte sich am Weidloch des ehemaligen Kriegsteilnehmers, und zwar unterhalb des Nabels, ein furchtbares Geschwür, das Schmerzen verursachte. Am Donnerstag suchte der Mann einen Freiburger Arzt auf, der sofort erkannte, daß es sich hier um einen Fremdkörper in der Haut handelt und durch operativen Eingriff alsbald ein französisches Kupfermünzgeschloß zu Tage förderte. Das Geschloß war abgibt gut erhalten, nur ganz schwarz angelauten. 14 Jahre hat es in dem Körper des Mannes gesteckt und ist vom Oberkörper nach dem Unterleib gewandert. Der Arbeiter befindet sich wohl.

## Aus dem Freiburger Stadtparlament

Die Vorlage der Entlohnung des Oberbürgermeisters durch die SPD angenommen!

Die kurze Sitzung am 8. Juni behandelte sich neben der Aufnahme eines Vortrages mit der für das Bürgerium heissen Anwesenheit der Bevölkerung des Stadtkörpers. Mehr als dreimal wurde die Vorlage aus Mangel an Ehrerinitiative und Angst vor der eigenen Geiruge verbleibt. Dann plähte

# Sozialdemokratische „Mieter“politik

(Arbeiterkorrespondenz)

**Mieter, aufgepaßt!** So schreibt die Weimarer Volkszeitung Nr. 124 am 24. Mai in dem Artikel von der letzten Gemeindevorordnetensitzung in Weimern, wo man versucht, den Genossen Bebold durch Verdrängung der Tatsachen mieterfeindlich: Wohnungspolitik vorzusetzen.

### Was ist Tatsache?

In der Sitzung am 28. Februar handelte die Frage: „Welchen Bau beantragt die Gemeinde beim Bezirk zur Veranschaulichung, da sich mehrere Privatbaugebiet gewendet haben? Hier stellte der Genosse Bebold den Antrag, daß das Schachwitzhaus der Gemeinde für uns nur in Frage käme, die Bürgerlichen dagegen wollten in erster Linie einen Privatanbau bevorzugt bezuschlagen wissen. Unter Genosse B. stellte die Frage an die bürgerliche Fraktion, von Künze bis Müller, ob sie Privatinteressen oder als Gemeindevorordnete die Interessen der Gemeinde vertreten wollten, denn die Mietzinssteuer ist ja auch von den breiten Massen aufgebracht worden. Die bürgerliche Fraktion lehnte aber trotzdem diesen Antrag gegen vier Stimmen ab und es kamen vier Privat-Gebäude in erster Linie zur Veranschaulichung beim Bezirk in Vorschlag. Dieser lehnte es überhaupt ab, nach Weimern Mittel zum Wohnungsbau zu geben, trotz der traurigen Wohnungsverhältnisse im Weimern Orte. Es blieb nun der Gemeinde vorbehalten, die Mietzinssteuer im Orte zu behalten nach der Verordnung über die Verwendung der Aufwertungssteuer.

### In der Sitzung am 17. April

Sam nun erneut die Frage: Verwendung der Aufwertungssteuer 1928/29. Da die Bürgerlichen den kommunalen Wohnungsbau ablehnten, wurden von Seiten des Genossen B. die 4 Stübler vorgeschlagen, was auch gegen 5 Stimmen der Bürgerlichen angenommen wurde, da 2 Bürgerliche mit für den Antrag stimmten. Es erklärten jedoch Schiller, Hübner und Müller, daß die Hälfte der in der Gemeinde einmündigen Mietzinssteuer von 11.000 Reichsmark, die Stübler hatten aber je Familie 6.000 RM beantragt. Da der Projekt in Form eines Dreifamilienhauses mit 22.000 RM veranschlagt war, ließen nunmehr die Stübler Schiller, Hübner und Müller für genantes Projekt fallen. Die Verwendung der Aufwertungssteuer stand demnach am 28. Mai erneut zur Beratung. Die 2 Stübler kamen mit einem neuen Plan, und zwar beantragten sie, nachbau in Form eines Schuppengebäudes und bieten um Genehmigung. Genosse B. betonte, daß es nicht angebracht sei, diese Forderung anzunehmen, da das Bestreben ein ein bezugsfähiger Bau nach den bürgerlichen Vorstellungen nicht genehmige, da es nur als Gartenhaus in Frage käme. Es wäre nun die Frage, ob

### Die SPD Verordnungen wünscht,

denn als etwas anderes könnte diese Vorweise nicht angesehen werden. Es war aber noch ein anderer Vorschlag eingegangen, der befragt, Herrn Dunkel 1000 RM zum Ausbau einer Scheune

die Bombe im Plenum wie eine schillernde Seifenblase und wurde zum Verhängnis für die Attentäter. Die durch ihre Reichstagswahlpläne erschütterten-lein-wollenden Hindenburg-Fraktionen blamierten sich wiederum.

## 5000 Mark Kosten der Unterhaltung des Obers

war selbst denen im bürgerlichen Lager zu viel, denen die Politik ihres Bürgermeisters mit der Zeit etwas spanisch vorkommt. So sollte der Zweck der Mittel heiligen, in selbstständiger Eigenwilligkeit unter Theaterdonner inspatete sich die ohnehin schwache, ideologisch zerfallene, aus Hausbesitzerinteressen und Wirtschaftsparteisplänen, neben wachsenden und gefährlichen Deutschnationalen zusammengewürfelte deutschnationale Stadtverordnetenfraktion.

Die Deutschnationalen also mamppe — letzte sich die Deutsche Volkspartei für den ihr nahestehenden Oberbürgermeister voll und ganz ein. Die „Wirtschaftspartei“ beillte sich desgleichen, um weiter in Gunst des Leiters ihrer Gesetze zu bleiben. Für den Demokraten Rätcher war die Sache weit schwieriger. Als Laienjurist wählte er in rechtlichen Dingen um die Ablehnung seiner Fraktion, diktiert vom Wählerchwund der Demokratischen Partei am Orte, gewichtig nach links rechtzeitig Anschluß suchend. Jetzt beginnt die Tragik der SPD-Fraktion, zerlegt durch vollnationalen ein ideologischer Trümmerhaufen, zerlegt durch vollkommen unklare Strömungen neben offenen Beschäftigten, und einem Schuß Kleinbürgergeblütes ist die SPD-Fraktionspolitik in Händen und Füßen gefesselt, der Zahl nach anscheinlich, in kommunalpolitischen Dingen ein hilfloses Gemengel. So auch hier.

Während ihr Sprecher Tempel kurz die Ablehnung der Vorlage durch die SPD-Fraktion begründet.

Stimmt das Mitglied der SPD-Fraktion, der Konsumangestellte Pittig, trotz beschlossenen Fraktionszwanges für die Vorlage.

Diese Stimme aber ist entscheidend für die Annahme der Vorlage — 15 zu 14. Hätte Pittig nicht mit für die Vorlage gestimmt, wäre sie gefallen. Bemerkenswert ist noch, daß zwei SPD-Männer fehlten, ob krank oder abkommandiert, sei dahingestellt. Der Kampf der SPD aber würde wieder offenbar. Man wollte auch in Freiberg der Großen Koalition die Wege öffnen, die Weimarer Arbeiterpartei wittern Morgenluft. Wann wird die Freiburger Arbeiterpartei endlich erkennen, daß sie von der SPD genarrt und gefoppt wird?

Geht hin, ihr gutgläubigen SPD-Arbeiter, und seht euch im Stadtparlament das Trauerspiel eurer „Arbeitervertreter“ an. So schwer es auch fallen mag, ihr werdet eingesehen müssen, daß es allein den Kommunisten vorbehalten blieb und auch bleiben wird, Arbeiter- und damit auch eure Interessen zu vertreten.

als Wohnung auf dem eiterlichen Grundstück zu gewähren, ferner Herrn Lehrer Martin, der am 1. April nach hier gewährt wurde, 1500 RM zum Ueberbau des Hauses seiner Mutter zu bewilligen, wodurch für ihn eine Neuwohnung in der Größe von 80 Quadratmetern entsteht. Weiter wurde Herr Kleeberg mit 2500 RM beauftragt zum Ueberbau seines Seitengebäudes, hier ist bisher eine Wohnwohnung gewesen, die aber unbedingt in 2 Jahren nicht mehr als Wohnung gelten könne, da Dachsparren und Dach selbst so schlecht sind, daß sich bei Regentagen auch in der Wohnung Volaten zeigen. Wer hat nun die Interessen der Mieterschaft vertreten, die Schwächer in der Weimarer Volkszeitung, die ja nur in den SPD-Vertretern Lange und Belz zu suchen sind, oder

### Der SPD-Vertreter Bebold,

der dafür eintrat, daß nun dieser Vorschlag zur Annahme gelangte, da für 5500 RM 2 neue Wohnungen erstellt und eine alte Wohnung vor dem Verfall geschützt und der Gemeinde erhalten bleibt. Wenn die SPD-Vertreter aber glauben, den Wohnungsbau zu Geschäftsinteressen benutzen zu müssen, so sagen wir ihnen, daß wir bezahlte Schweinereien anschießen, denn als etwas anderes ist deren Methode nicht anzusehen, wenn man nach der Aufsichtsbehörde ruft, die den Beschluß rückgängig machen und der Gemeinde die eigene Verwendung der Mietzinssteuer verweigern soll, dadurch aber die Erstellung von Wohnungen verhindert wird. Wenn man weiter schreibt, daß 4 Alt- u. 4 Neuwohnungen nach der Verordnung erstehen sollen, ist das eine Verlogenheit, die nur zur Scheine dienen soll, denn es werden ja für 11.000 RM vier Neuwohnungen erstellt und eine alte Wohnung dem Wohnungsmarkt erhalten.

Wenn der Zeilenhinder schreibt, daß man hier von keiner vernünftigen Wohnungspolitik sprechen könne, so sagen wir: War es nicht Herr Lange, der als Schiedsrichter im Wohnungsschiedsamt als vereidigter Mieterbeistand die Hausbesitzer aufsetzte, daß sie doch ihre Wohnung für sich behalten sollten? War es nicht ebenfalls Herr Lange, der als bei der Beratung des Haushaltsplanes unter Genosse B. die Ermäßigung der Miete in den Neubauwohnungen um 10 Prozent beantragte, sich den bürgerlichen Vertretern gegenüber äußerte, daß, wenn wir den Wohnungsbau so aufzichten, sie sich nicht mehr für Gemeindebau eignen könnten, obwohl er weiß, daß die Gemeinde von 12 Mietern eine Ketteneinnahme von 3000 RM hat. Es zeigt sich hier, mit welcher niedrigen Schätzung diese Gesellen versuchen, unsere Genossen zu diskreditieren. Wir werden aber in den nächstfolgenden Berichten die verteilbarische Tätigkeit des SPD-Vertreeters Belz im Wohlfahrts- u. Hilfsorganschuß fernzeichnen und ferner berichten von der Harmonie zwischen dem Lagerverwalter und Gemeindevorordneten Lange (SPD) und dem Herrn Bürgermeister Nitzsche, die mehr 5 Punkte Gründe als Gründe hat.



## 'SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:

So lebte ich lange Zeit geachtet und geliebt am Hofe des Königs Mihrdschan. Unerwartet kam eines Tages mein altes Schiff in den Hafen. Ich eilte zum Kapitän und sprach: „O Kais, kennst Du nicht Sindbad, den Salem-Raucher, den Allahs Gnade am Leben erhielt?“ Da staunte er und wollte seinen Augen nicht trauen, und die anderen Kaufleute auf dem Schiffe erkannten mich auch wieder, und waren alle so voll großer Freude. Meine wertvollen Waren, die ich noch auf dem Schiffe vorfand, schenkte ich dem guten König Mihrdschan, der darüber sehr gerührt war und mir als Gegengabe eine Schiffsladung jener seltenen Tabake bringen ließ. Dann nahm ich Abschied und segelte vergnügt gen Basra, um mit meinen Tabakschätzen nach meiner Vaterstadt Bagdad zurückzukehren. Genießt die zarten Duftwolken und gedenket, liebe Freunde, des guten Königs Mihrdschan, dessen Tabak die Mischung meiner geliebten Cigarette bereicherte. Freut Euch über die seltene Gabe Allahs, die Vertreterin aller Sorgen und Mutter aller guten Gedanken, die herrliche Cigarette

(Fortsetzung folgt)

# SALEM AUSLESE

Haupt in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich.













# Jubiläumstongress der Arbeiterkonsumvereine

Anträge der proletarischen Opposition — Nationalisierung der Kartierung und keine Verzerrung der Lage der Arbeiterklasse gebracht — Verbot gewerkschaftl. Streikaktion — (Eigener Bericht, von Mitgliedern kommunistischer Pressevertreter)

Dresden, 12. Juni

Zu Beginn der Tagung wurde an die Delegierten eine Adresse der proletarischen Opposition verteilt, in der in klarer Sprache vom Klassenstandpunkt aus, zu all den Krämpfen und Nöten, die heute im Mittelpunkt der Arbeiterkonsumvereine stehen, ausgehend von den Klassenkämpfen und der neuen Lernungsphase wird erklärt, wie sich die Klassenkämpfe ausdrücken und welche Kampfmaßnahmen sich daraus ergeben. An der Hand der Geschichte der 25 Jahre Zentralverband und der Entwicklung der Genossenschaftsvereine wird ihr Verfall an der Arbeiterbewegung festgestellt. Neben der Darstellung der nachfolgenden Gefahren für die Konsumvereine (kapitalistische Monopole, Ausbau der Warenhäuser, des Großhandels, der Einzelhandels usw.) wird die Forderung der wirtschaftlichen Autonomie im letzten Jahr behandelt. An die neue Koalitionsregierung mit den sozialdemokratischen Ministern werden minimale Genossenschaftsorderungen (Stille, Steuern, Gefrierfleisch usw.) gestellt, um die Autonomie über die „Leistungen“ der Regierung zu gewinnen und die Genossenschaftsmitglieder für den antiparlamentarischen Kampf zu mobilisieren. Befordert wird im Kampf gegen die Verzerrung die Unterfütterung der Arbeiterklasse durch die Konsumvereine und der Kampf gegen die Warenmangelstände und die Wertlosmachung der Waren. Gegen den Zoll- und Steuerzoll und für die unbeschränkte Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch wird die Mobilisierung der Arbeiterklasse in Verbindung mit den Gewerkschaften gefordert.

Die nicht zugelassenen Anträge verschiedener Arbeiterkonsumvereine wurden ebenfalls gedruckt den Delegierten überreicht. Das Sekretat zu dem Bericht des Vorstandes hielt an Stelle des kranken Kaufmann August Reich (Hamburg). Er machte es sehr kurz und verwies auf das Studium des gedruckten Berichtes. Auch für die Zukunft sei eine weitere Ausdehnung der Kartierung, und man müsse einen scharfen Kampf gegen das Kreditwesen führen. Im Zentralverband seien zur Zeit 4,5 Millionen Mitglieder. Die politische Neutralität sei in den letzten Jahren schwer angegriffen worden, aber man müsse sie mit aller Energie aufrecht erhalten. Die Genossenschaften dienen nicht einer Klasse, sondern dem ganzen Volk. Das der Zentralverband vor 25 Jahren im Kampfe gegen die politische Neutralität, wie sie die bürgerlichen Genossenschaftsvereine forderten, gegründet worden ist, wollen die Verbandsoberhäupter natürlich heute nicht mehr wahr haben.

Die Umjahlsicherung sei mit 18 Prozent zufriedenstellend. Noch höher seien die Eigenproduktion und Eigenverkauf geworden. Die Eide 22,3 Millionen betragen. Eine Hypothekendarlehen sei in Erwägung gezogen, aber noch nicht bedingend.

Die empfindlichste Schwachstelle sei außer den Aufwänden der zu hohen Warenpreise. Die Bewegung werde allen Genossenschaftsmitgliedern, wenn sie nicht zu Experimenten mißbraucht werde. Die Nachprüfung verfaßt, in Bezug auf das Verbot an Mitgliedern zu verkaufen, aber wie in all diesen Fragen, müsse man Vertrauen in den neuen Reichstag setzen.

Schleier (Hamburg) erklärte, wie üblich, seinen jammerlichen Wirtschaftserfolg. Diesmal muß er allerdings zugeben, daß die wirtschaftliche Nationalisierung die Arbeiterklasse nicht befähigt und auch keine Befreiung der Lage der Arbeiterklasse gebracht habe. Am Gegenteil, die Preise seien gestiegen. In der Gefrierfleischfrage sei der Kampf der Konsumvereine erfolgreich gewesen, so daß sie die Höhe ihres Kontingents gehalten hätten (wie die anderen diese Karte sind). In der Steuerfrage seien neue Verschönerungen eingetreten und die Regierung habe sich (wie üblich) überhaupt nicht um die Meinungen der Genossenschaftsvertreter gekümmert.

Offiziell werden zwei Anträge vorgelesen, in denen Protest gegen die Sozialpolitik erhoben wird unter Berufung auf die Widerstandsaktion. Ebenso wird Einspruch erhoben gegen die „Befreiung“ der zollfreien Einfuhr des Gefrierfleisches, wodurch die beste Waare der widerstandsfähigsten Arbeiterklasse „eine Beschleierung“ erlaube. Tatsächlich heißt es in der Begründung, daß durch die neue Kartierung der Arbeiterklasse die Vermögenslosigkeit der Arbeiterklasse und damit der deutschen Industrie (1) beabsichtigt werde. Schließlich wird die Aufhebung jeder Beschränkung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch gefordert.

Die zweite Resolution entwirft sich über die Gewerbesteuer und bezeichnet diese als „verwerflich und unmoralisch“ und erwartet vom Reichstag eine Herabsetzung.

In außerordentlich wirkungsvoller Weise vertrat als erster Diskussionsredner der Genossenschaft Hürtel (Halle) den Standpunkt der Opposition. Es sei zu prüfen, ob die offizielle Genossenschaftspolitik der Arbeiterklasse verantwortlich werden könne. Das sei keineswegs der Fall. Die Genossenschaft sei ihrem Charakter nach Kampfgemeinschaft des Proletariats, gegen die kapitalistische Klasse. Es liege auf der Hand, daß die Konsumvereine in Kampfgemeinschaft mit den Gewerkschaften für die Erhöhung der Lebenshaltung kämpfen müßten. Unter

Konsumvereine Halle, sowie Merseburg und Kamenitz, haben beispielsweise den Arbeitslohn unterschätzt, was sich sehr gut auf unsere Beziehungen mit den Arbeitern auswirken wird. Die Konsumvereine wollen und leisten Tätigkeit zur Förderung des Klassenkampfes unterbreiten, so daß wir geradezu zu einer schließlichen Haltung gezwungen werden. Die Klasse der Arbeiter verlangt eine Lösung in dieser Frage und ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften und Konsumvereine. Wenn sich die Arbeitermitglieder der Konsumvereine mit Entschiedenheit für diese Forderung einsetzen, werden auch die Gewerkschaften in Hamburg dem Klassenwillen weichen müssen. Nur im Fortschritt des Klassenkampfes wird der Kapitalismus gestürzt.

Gen. Koenen (Merseburg) stellt fest, daß die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, geradezu an der Entwicklung der kapitalistischen Unternehmen, keine besondere Regelmäßigkeit zeigen könne. Selbst der Zentralverband nicht zu, daß der Großhandelsindex um 25 Prozent gestiegen ist. Was haben die Genossenschaften gegen das kapitalistische Monopol getan? Nichts! Unzulänglich! Ein wirksamer Kampf kann nur geführt werden im engen Zusammenhange mit der Arbeiterklasse und gemeinsam mit den Klassenverbänden. Die vorliegenden Anträge der Konsumvereine zur Kartierung, den Steuern und zum Gefrierfleisch sind als unzulänglich. Keine Genossenschaftsvertreter haben leistungsfähige Vorschläge gemacht, aber die genossenschaftliche Demokratie“ geht davon aus, daß sie nicht einmal auf die Kartierung kommen. Die Konsumvereine haben niemals einen Kampfplan unter Mobilisierung der Massen und kategorisch abgelehnt worden, so daß die Genossenschaftsvertreter die volle Verantwortung auf sich nehmen. Von dem Gefrierfleischwettbewerb und dem Handel mit Konsumgütern ist der Zentralverband und die GEC seit Jahren unterrichtet, aber er hat keine 25 Millionen Mitglieder keineswegs dagegen mobil gemacht. Unter Verweis auf eine Reihe anderer oppositioneller Beschlüsse haben auch dieses Mal zwei lehrreiche und praktische Vorschläge gemacht, auf welche Weise die Konsumvereine ihre Rolle im Klassenkampf durchführen können. Diese Anträge sind hier an die Delegierten verteilt worden.

Hier wird Gen. Koenen vom Vorsitzenden Lorenz unterbrochen, der erklärt, daß Anträge, die nicht offiziell verteilt worden seien, im den Reichstag nicht eingebracht werden können und demnach keine Geltung nehmen. Der einseitige Tausch machte es unmöglich Genossen unmittelbar weiterzusprechen.

Darauf treten zwei Sozialdemokraten in der Diskussionsrunde auf, um sich gegen die kommunistischen Angriffe, sowohl der Diskussionsredner als auch in den Vorträgen und der Ansprache zu wehren.

Reichner (Dresden) bekräftigt natürlich die Tatsachen, daß die Sozialdemokratie im Reichstag in der Gefrierfleischfrage gegen die Arbeiterinteressen gestimmt hat. Trotzdem

## Die Kampffront der Rheinischer breitet!

Schiffahrt auf dem Rhein-Elbe-Kanal blockiert

Die Rheinischen Arbeiter haben eine sehr wertvolle Hilfe erhalten, indem die Mannschaften der kapitalistischen Monopolschleppdampfer auf dem Rhein-Elbe-Kanal die Arbeit niedersetzen. Damit ist der Kohletransport von den Zechenfeldern zum Rhein unterbrochen.

Unmittelbar anschließend wurde der Streik auf den Monopoldampfern durch die brutalen Maßnahmen der Gewerkschaftspolizei. Die Mannschaften von neun Schleppdampfern weigerten sich zu arbeiten unter Polizeiaufsicht zu arbeiten und bestrafte Köhne zu verlassen. Daraufhin wurden diese Mannschaften in 1000 Entlassungen was zur Folge hatte, daß die Mannschaften aller 20 Boote des Schleppmonopols die Arbeit niedersetzen.

Da zur Zeit die Hochzeiten der Schiffahrt ist, so ist die Aussicht auf einen Sieg der Rheinischer gewachsen. Voraussetzung ist aber, daß sich die Rheinischer nicht sofort abteilen lassen. Der Kampf fortzusetzen und wenn der gefällige Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird. Obwohl dieser Schiedsspruch von der SPD-Preße als ein „Erfolg“ bezeichnet wurde, haben ihn 98 Prozent der Beteiligten abgelehnt. Von circa 8000 Beteiligenden waren nur 71 dafür. Die Rheinischer sind sich in der Ablehnung einig, sie müssen ebenfalls geschlossen und gegen einen verbindlichen Schiedsspruch kämpfen.

Die Sozialdemokratische der Arbeiterklasse muß aber auch wirksamer werden. Endlich müssen auch die Rheinischen unterstützt werden. Die Rheinischer muß auch auf den übrigen Rhein eingeschlossen werden. Die Eisenbahner müssen sich beteiligen, wie lange sie noch Streikdampfer leisten wollen.

Schlüsselt es die notwendige Verbreiterung und Verhärtung des Kampfes herbeizuführen, gelangt es, die Sammlungen verfahren fortzuführen, so wird es möglich sein, den heftigsten Rheinischerkampf mit einem Erfolg abzuschließen.

Der Gott ist in der lauten geräumigen Küche gedehnt. Ein hochgewachsenes schönes Mädchen mit leichten Haaren und lakonischerem Haar, machte sich am Herd zu schaffen.

„Dahil“ rief Mannister bei seinem Eintritt verblüfft; er hatte das Mädchen fast nicht wieder erkannt.

„Guten Abend, Herr Mannister.“

„Aber Dahil, ich habe wirklich in keine Fortbewegung zu sein, denn mich meine alten Freunde Herr Mannister“ nennen.“

Dahil schaute, und ihr etwas langes junges Gesicht wurde weicher. „Sieh dich, Fred, du mußt hungrier sein.“

Sie lebten sich zum Herrn Mannister hat verpaßt, daß der Tisch nur für vier gedeckt war; früher hatten stets drei oder vier Arbeiter mitgegessen.

„Sagt ihr keine Normarbeiter mehr?“ erundigte er sich.

„Nein“, erwiderte der alte Jonathas kurz und Franz fügte hinzu: „Wissen hasten wir sie denn bezeichnen?“

„Geh, geh, was Schickel?“ fragte Mannister betrocken.

Dahil legte ein billiges, hartes Lachen: „Man merkt, daß du lange Zeit nicht in Amerika warst, sonst würdest du keinen kleinen Fortschritt kennen, es so ihm schmeckt.“

„Ja, aber“

„Der Preis für Weizen, den wir erhalten ist seit dem Krieg auf die Hälfte der Produktionskosten gefallen“, erklärte Jonathas. „Es gibt in Nord-Dakota Landstücke, wo fast alle Normarbeiter Normarbeiter kaufen, um die Steuern ausbringen zu können.“

„Ja, kann denn die Konsumverein-Dezernat?“

„Es hat kein Geld, dafür haben die Bankiers gelohnt“, sprach Dahil höflich. „Die Banken nahmen bis zu 60 Prozent Zinsen.“

„Aber es wird nicht mehr lange so weiter gehen“, rief Franz.

Die Schwester warf ihm einen zornigen Blick zu. „Schweig doch!“

„Sie schmeckt mir gegnerischer Willen“, dachte Mannister innerlich, „aber er gab sich nicht, als habe er nicht bemerkt, daß sein die Rede von dem Mannister und sich immer auf die Schwester auf, denn er mit jedem Wort

es wahr, daß die SPD gegen den Antrag der KPD gestimmt hat nach Ablehnung der zollfreien Einfuhr, das bisherige Kontingent nur durch die Konsumvereine und Gemeinden an die Arbeiterklasse zu verteilen. Das war der im Genossenschaftlichen Kompromißvertrag unterzeichnet hat, das kleine Kontingent durch den wucherlichen Privathandel verteilen zu lassen. Das ist derselbe Vertrag der Sozialdemokratie an den Genossenschaften, wie seinerzeit beim Umjahlskompromiß, so diesmal beim Gefrierfleischkompromiß.

Die Gewerbesteuerfrage, sagt Reichner, sei außerordentlich wichtig für die Arbeiterbewegung. Der Reichstagstandpunkt steht auf anderer Seite, aber die Gewerkschaften (ich warte heute“, (Das verkörpert ein Sozialdemokrat!) Der einseitige Vertreter der proletarischen Opposition in den Konsumvereinen wendet sich dann gegen die Kommunisten, weil sie keine eigene, frühere Forderung aufstellen: Kampfgemeinschaft zwischen Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften! „Das wird heute allgemein abgelehnt“, sagte Reichner.

Darauf bringt der Vorsitzende einen kommunistischen Ergänzungsantrag zur Verlesung, wonach bis zum vollständigen Zollabbau die GEC ein gemeinsames Abkommen zum Kampf gegen Zölle und Warenzölle zu treffen, um die Arbeiterklasse durch gemeinsame Protestaktionen der Gewerkschaften und Genossenschaften zu mobilisieren.“

Da der Antrag bei der Bureaukratiemehrheit des Kongresses nicht die nötige Unterstützung findet, wird er überhaupt nicht zur Behandlung zugelassen.

Der Sozialdemokrat Mirus (Berlin) hat Angst, daß die Arbeiterbewegung mit den Genossenschaften gestört werde, wenn sich die Genossenschaften in die Streikunterstützung einmischen. In Betracht käme höchstens eine Streikhilfe für die Konsummittler. Nichtorganisierte zu unterstützen, ist total falsch. Ueber den Klassenkampf brauchen wir nicht zu sprechen, denn wir haben immer im „Kampf“ und wollen die kapitalistische Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ablösen.

In seinem Schlusswort legt sich Bäckstein mit den kommunistischen Rednern auseinander und erklärt wieder einmal, daß in alle ein Ziel einzeln sein, und er erblicke auch die kommunistische Misere. Die Wege, die uns heute die Kommunisten zeigen, sind undurchführbar.

Kaia bringt am Schluß seine üblichen albernen Witze über die Kommunisten, ohne aber, wie sonst, bei den Delegierten Anklang zu finden. Kategorisch stellt er fest, daß es dem Konsumverein verboten sei, Arbeiterkämpfe finanziell zu unterstützen, nötigenfalls solle man besondere Fonds schaffen, um streikenden Mitgliedern zu helfen. Den Gewerkschaften müsse es „peinlich“ sein, wenn von allen Seiten EDS-Rufe ertönen würden.

Zum Schluß feierte er die Erfolge der Genossenschaften, die sich im Hundsjahrsbericht durchgezeichnet hätten. Die GEC habe jetzt die größte Fleischwarenfabrik Europas von einem kapitalistischen Konzern abgekauft. Auf diesem Wege müsse man weiter-schreiten.

## 75 000 Mitglieder überschritten!

Vom Deutschen Tabakarbeiterverband wird uns geschrieben: Die nünftige Entwicklung, die in der Mitgliederbewegung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes seit 1926 zu verzeichnen ist, hat auch im ersten Viertel dieses Jahres angehalten. Ende März 1928 wurden 75 640 Mitglieder gezählt, und zwar 17 273 männliche und 58 367 weibliche, gegenüber 71 379 (16 612 männlichen und 54 767 weiblichen) am Schluß des Jahres 1927. Das ist in drei Monaten ein Zuwachs von 4261 (861 männlichen und 3400 weiblichen) Mitgliedern. Trotzdem gibt es in der Tabakindustrie in Sachsen und Thüringen immer noch Arbeiter und Arbeiterinnen genug, die für den Deutschen Tabakarbeiterverband gewonnen werden müssen. Es muß auch in Sachsen und Thüringen möglich sein, daß der Zeitpunkt immer näher heranrückt, wo unorganisierte in der Tabakindustrie eine Ausnahme bilden. Dem hartnäckigen Widerstand der Unternehmer muß die Macht der geschlossenen organisierten Tabakarbeiter gegenübergestellt werden, wenn es gelingen soll, weitere Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Es gilt für die unorganisierten die Parole:

**Einsein in euren Berufsverband, hinein in den Deutschen Tabakarbeiterverband!**

Bei der immerhin noch hart verbreiteten Heimarbeit in der Tabakindustrie, besonders in Sachsen und Thüringen, ist es der Gewerkschaft unmöglich, alle Tabakarbeiter durch Versammlungen zum Einsein zu erziehen. Deshalb werden die Ortsauschüsse dringend gebeten bei der Erfassung und Organisierung der Tabakarbeiter behilflich zu sein. In allen Berufsangelegenheiten, welche die Tabakindustrie betreffen, wolle man sich an die Gewerkschaft des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Max C. L. e. n. t., Dresden-Alte 1, Schützenplatz 20, III, Tel. 27 020, wenden.

WDS, Ortsauschluß Neugersdorf, Die für Donnerstag den 14. Juni fällige Sitzung findet nicht statt. Der Termin der nächsten Sitzung wird wie üblich an dieser Stelle bekanntgegeben werden.

# EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(15. Fortsetzung)

Der alte Jonathas sah wertlos neben Mannister, und die-ter konnte nicht mehr, wie sehr der Normer in den letzten beiden Jahren gealtert war. Er hätte hätte sie Jonathas stets damit gemeint, daß er ewig ein junger Mann bleiben werde; nun aber war von der Jugendkraft und Kraft keine Spur mehr geblieben.

In einer Absehung kam ihnen eine dunkle Gestalt entgegen. „Hallo, Jonathas, seid ihr es?“

„Ja.“

Sagt Mann und Dahil, daß sie morgen bestimmt nach Olife kommen müssen.“

Schon recht, Jerema, ich werde es anrichten.“

Sie erzählten die Namen. Sogar im letzten Leben des Mondlichtes konnte Mannister bemerken, daß Jonathas das Wohnhaus als auch die kleinen Wirtschaftsgebäude verwahrloßt und reparaturbedürftig ansehend. Er konnte darüber, denn Jonathas hatte den Ruf, ein ausgezeichneter Landwirt zu sein.

Sie traten ins Haus. Franz kam ihnen entgegen. Mannister sah sich durch die Her des Hauses um; hier war nicht mehr die alte Herzlichkeit, die früher zwischen ihm und der Familie herrschte. Freilich war Lawrence, der älteste Bruder, sein selbständiger Freund gewesen, aber auch mit den anderen Geschwistern hatte er sich gefunden, und die kleine zwölfjährige Daisy hatte bitterlich geweint, als er vor seiner Nordpol-expedition von ihr Abschied nahm.

Franz führte Mannister zu dem besten Keller zu, den er ihm zeigte, und Mannister sah, daß hier noch alles genau so war, wie er es vor vielen Jahren verlassen hatte. Hier schloß er sich dem geliebten Lenz näher und näher, um schließlich, wie immer, in Amerika, die Empfindung, beidem zu sein.

die innige Liebe, die sie für den alten Gelehrten empfunden hatten.

„Ich habe keine letzten zwei Briefe aufbewahrt“, sagte Jonathas. „Werde sie dir geben.“

Nach dem langen schweren Arbeitstag verlangte es die Smiths zeitig nach Ruhe. Schon um neun Uhr erhob sich Jonathas und erklärte, er wolle schlafen gehen, morgen gebe es wieder viel zu tun.

„Morgen helfe ich mit“, lachte Mannister.

Dahil blühte ihn spöttisch an. „Das ist nichts für dich.“

„Weshalb?“

„Du bist doch ein Arzt, ein Intellektueller, verstehst dich nicht auf chl...“ Sie schloste häufig das Wort hinunter und verbesserte sich: „auf körperliche Arbeit.“

„Ich werde dir morgen das Gegenteil beweisen, du scheinst zu glauben, daß eine Nordpol-expedition ein Witz ist. Woher kommt übrigens dein Haß gegen die Intellektuellen? So weit ich mich erinnern, gab es eine Zeit, da die kleine Daisy nicht von den Lähern fortzutreiben war.“

Dahil wurde dunkelrot. „Ich wollte dich wirklich nicht kränken, Fred. Aber ich habe die Agrarhochschule „Reed College“ besucht und dort diese Leute kennen gelernt. Wenn ich an die meisten unserer Lehrer denke! Und die wenigen Ausnahmen, die anständigen, fortschrittlich geimmten Menschen wurden zum Teufel gejagt.“ Sie erhob sich, sprach höflich, als fürchte sie, zu viel gesagt zu haben: „Gute Nacht, Fred.“ und eilte aus der Küche.

Jonathas holte aus seinem Zimmer die beiden Briefe und übergab sie Mannister; dieser blieb mit Franz allein zurück. Der Furcht las fleißig eine Zeitung und schien nicht geneigt, sich in ein Gespräch einzulassen.

Mannister erundigte sich, um wieviel Uhr morgen früh die Arbeit beginnt, bei Franz. Ihn rechtzeitig zu werden und begab sich in sein Wohnzimmer.

Er schloß sich in den alten Lehnstuhl am offenen Fenster, nahm die beiden Briefe des Vaters in die Hand. Wie vertraut mutete ihn die klare feine Schrift an!

(Fortsetzung folgt.)



Unser lieber  
**Rudi**  
 ist von uns gegangen.  
 Dresden, den 13. Juni 1928.  
 Hohenzollernstraße 13,1  
**Familie Lohmann.**  
 Die Einäscherung erfolgt Freitag 15.30 Uhr.

**Lange überlegen**

heißt sehr oft, den richtigen Zeitpunkt verpassen. Es ist zwecklos Reklame ohne Tagespresse zu machen. Benutzen Sie für Ihre Reklame nur die „Arbeiterstimme“



**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Meißen  
 Freitag, den 15. Juni 1928  
 19.30 Uhr im Kaisergarten  
**Außerordentliche Hauptversammlung**  
 Tagesordnung:  
 1. a) Die Aufgaben des Verbandstages.  
 b) Die Einführung der Invalidenunterstützung.  
 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.  
 3. Sonstige Verbandsangelegenheiten.  
 Am Saaleingange ist das Mitgliedsbuch vorzulegen, ohne Buch kein Zutritt. Dieser Beschlus wird streng durchgeführt, und erhält kein Mitglied Zutritt ohne Mitgliedsbuch.  
 Zahlreichen Besuch erwartet die Ortsverwaltung.  
 J. H. Arno Rosenbaum.

**Zigarren  
 Zigaretten  
 Rauchtabake**  
 erster Firmen  
**Haußwald**  
 Pirna, am Markt  
 Gmütl. altbekannte  
**Biere**  
 liefert frei Haus und Kontine  
**Erwin Hoffig**  
 Pirna  
 Neue Dresdner Straße  
 Empfehle Fleisch- und Wurstwaren zu soliden Preisen.  
 Jedes Donnerstag **SCHLACHTFEST**  
 G. Fechner, Meißen, Rathenaustraße 6.

**Wo?**  
 ist das beliebteste Bier- und Speisestiel  
 Immer im  
**Vittorialeller**  
 Wallenhausstraße 18  
 Tägl. Rühlfestenger Mittagsgedebe von 10 Pfenning an

**Wenn's niemand macht!  
 Oswald Machts!**  
 Hauptlager:  
**Kaulbachstraße 31, I. Etg.**  
 Ecke Pillnitzer Straße  
**Möbel**  
 aller Art  
 Große Auswahl! Billige Preise!  
 Günstige Zahlungsbedingungen!

Allerfeinste  
**Neue Matjesheringe**  
 Matjesheringe abgezogen  
**Matjesfilet**  
 die feinste Delikatesse in diesem Monat mit neuen Matjakarotteln  
 billigst  
**Dresdner Fischhallen**  
 Webergasse 17, Kesselsdorfer Str. 41

Bei Einkäufen sucht die Hausfrau in dem Inseratenteil der Arbeiterstimme.  
 bevorzugt die preiswerten Angebote in derselben und kauft grundsätzlich nur bei  
 den Inserenten  
**Karl Schachtitz**  
 Heidenau  
 Güterbahnstraße 41  
 Fahrräder  
 Nähmaschinen  
 Sprechapparate  
 Schallplatten  
 neueste Aufnahmen  
 Reparaturen  
 Teilzahlung gestattet!  
**Paßfotos**  
 Vergrößerungen  
**Richard Jähniß**  
 Mariastraße 12

**Gardinen**  
 abhebt und vom Markt  
 Dekorationsstoffe, Vitragenstoffe  
 reichhaltig, in großer Auswahl  
**Erwald Kluge, Pirna, Lange Str. 17**

**Otto Dienhold**  
 Stiftsstraße 2, Ecke Palmstraße  
 empfiehlt seine  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
 zu den billigsten Tagespreisen.

**Die Konsumgenossenschaftliche Jubiläumswoche**

**40** Jahre Konsumverein Vorwärts  
**25** Jahre Zentralverband deutscher Konsumvereine  
**60** Jahre Verband sächsischer Konsumvereine

**Noch ist die günstigste Zeit**  
 sich mit dem  
**Winterbedarf an Brennstoffen**  
 einzudecken

Bis zum 30. Juni 1928 gelten folgende Vorzugspreise:

Brikette	Ab. Lager	Frei Keller bei Entnahme von Zentnern		
		1-9	10-79	ab 80
Salon . . . . .	1.40	1.57	1.48	1.39
Nuß und Würfel . . . . .	1.45	1.62	1.53	1.44
Halbsteine . . . . .	1.40	1.57	1.48	1.39
<b>Steinkohlen</b>				
Oberschlesische Nuß I 60 35 mm Ø . . . . .	2.21	2.33	2.20	2.25
Oberschlesische Nuß II 35 25 mm Ø . . . . .	2.11	2.23	2.19	2.15
Zauderoder . . . . .	1.00	2.05	2.—	1.95
<b>Braunkohler</b>				
I Brucher . . . . .	1.90	2.10	2.—	1.95
II Mariafcheiner . . . . .	1.50	1.70	1.60	1.55
<b>Gaskoks</b>				
Dresdner . . . . .	2.05	2.28	2.14	1.91
<b>Hüttenkoks</b>				
Oberschlesische Würfel II . . . . .	2.78	3.—	2.86	2.82
Oberschlesische Nuß I . . . . .	2.66	2.88	2.74	2.70
<b>Grundkoks</b> . . . . .	1.96	2.09	2.05	2.01
<b>Kiefern-Kohlenholz</b>				
Raummeter . . . . .	17.—	19.—	—	—
desgl. gesägt und klein gespaltten . . . . .	20.—	22.—	—	—
desgl. gesägt und groß gespaltten . . . . .	19.—	21.—	—	—
<b>Ringholz</b>				
große Ringe . . . . .	1.50	1.65	—	—
<b>Schwarzenholz</b>				
in Gebunden . . . . .	—50	—60	—	—

Kohlen, die höher als nach dem ersten Stockwerk zu tragen sind, erfordern je Zentner und Stockwerk einen Zuschlag für Trägerlohn von 10 Pf.

**Auf vorstehende Preise gewähren wir unseren Mitgliedern die übliche Rückvergütung**

Bestellungen werden in allen Verteilungstellen entgegengenommen

Konsumverein  
**Vorwärts**  
 Abgabe nur an Mitglieder